

Anfrage des Ausländer- und Integrationsbeirats

Die untenstehende Anfrage an die Stadtverwaltung und den Stadtrat mit der Bitte um Behandlung/Beantwortung im Bildungsausschuss wurde in der Vollversammlung des Ausländer- und Integrationsbeirats (AIB) am 28. Januar 2021 einstimmig verabschiedet.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche im Bereich Bildung werden derzeit bundesweit diskutiert. Verschiedene Akteure aus der Migrations- und Integrationsarbeit in Erlangen haben in den letzten Wochen über Schwierigkeiten und Mängel bei der Sicherstellung des Fernunterrichts berichtet. Der AIB hat dazu folgende Fragen:

1. Gibt es seitens der Stadtverwaltung (Bildungsbüro, Schulverwaltungsamt) eine Abfrage bei allen Erlanger Schulen (bis Stand 31. Januar 2021),
 - a) wie viele Schulen aufgrund schlechter technischer Ausstattung oder schlechter WLAN-Verbindungen nicht vollumfänglich digitalen Unterricht anbieten können?
 - b) wie viele Kinder keine entsprechenden Geräte besitzen, um angemessen am Distanz-Unterricht teilnehmen zu können?
 - c) wie viele Kinder keine entsprechende WLAN-Verbindung besitzen, um angemessen am Distanz-Unterricht teilnehmen zu können?
 - d) inwieweit sichergestellt ist, dass Kinder in der Notbetreuung (1. – 6. Klasse) am online-Unterricht bzw. an Videokonferenzen mit der Lehrkraft teilnehmen können?
 - e) wie viele Kinder seitens der jeweiligen Schule als unerreichbar gelten, weil sie sich nicht mehr in ausreichendem Maße am digitalen Unterricht beteiligen und über Schulsozialpädagog*innen ebenfalls nicht oder nur unzureichend erreichbar sind?
2. Gibt es seitens der Stadtverwaltung (Bildungsbüro, Schulverwaltungsamt, Sozialamt) eine Erhebung darüber,
 - a) wie viele Kinder aufgrund der Bildungs- und Teilhaberegelungen bisher ein kostenloses Mittagessen erhalten haben (in Kita, Hort, Schulen)?
 - b) ob seitens der Einrichtungen (Kita, Hort, Schulen) Aktivitäten existieren, die betroffenen Kinder anderweitig zu versorgen (z.B. Ausgabe von Lunch-Paketen)?
3. Gibt es seitens der Stadtverwaltung (Bildungsbüro, Schulverwaltungsamt) eine Erhebung darüber, inwieweit Schulen und/oder andere Einrichtungen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen (dürfen), um z.B. Ehrenamtlichen oder Bildungspat*innen und ihren Patenkindern das Lernen an Orten zu ermöglichen, an denen eine gute WLAN-Verbindung existiert?
4. Gibt es seitens der Stadtverwaltung (Bildungsbüro, Schulverwaltungsamt, VHS) Überlegungen,
 - a) die entstandenen Defizite im Bereich Bildung durch besondere Aktivitäten in den Sommerferien (z.B. Einrichtung von Bildung – und Freizeitcamps) zumindest in Ansätzen auszugleichen?
 - b) Angebote zu schaffen, die für die psychische Gesundheit der Kinder hilfreich sein könnten, da Themen wie Burn-Out, Depressionen, Ängste, Perspektivlosigkeit stark zugenommen haben?